

1 **Beschluss zu Antrag 2:** *Stell´ dir vor, es gäbe Frieden. Weltweit.*

2 Die KjG-Bundeskonferenz 2015 positioniert sich zur friedenspolitischen Lage in der Welt. Hintergrund sind die  
3 zahlreichen aktuellen Kriege, der weltweite Terror und die fortwährenden Konflikte, die sich immer wieder zu  
4 neuen Krisen und immer dramatischeren Entwicklungen zuspitzen. Ob weltweit oder in Deutschland: Wir kön-  
5 nen nicht zusehen, wie die Welt in Krieg und Hass zerbricht. Wir haben eine andere Vision der Menschengemeinschaft und der Einen Welt und machen uns mit dieser Stellungnahme für diese stark.  
6

7 Nach wie vor stehen wir beinahe sprachlos und wie gelähmt vor all den Ereignissen, die sich unaufhörlich in  
8 vielen Teilen der Welt, gerade auch in Europa und direkt vor unserer Haustüre in unseren Städten und Dörfern  
9 abspielen.

10

11 Uns geht es um die Verwirklichung der Menschenrechte und der UN-Kinderrechtskonvention, um Teilhabe und  
12 Gleichberechtigung, um eine gerechte Weltwirtschaft, um Demokratisierung und um Bildung, um eine Welt, in  
13 der gutes Leben für alle gelingen kann. Genauso wichtig ist uns der Respekt vor anderen Kulturen und Religio-  
14 nen.

15

16 Als Christ\*innen sind wir Botschafter\*innen des Friedens, den Gott uns immer wieder aufs Neue schenkt. Unser  
17 Auftrag ist es, diesen Frieden zu stiften und zu erhalten. Wir stehen für das prophetische Bild ein, das wir von  
18 Jesaja hören: „Dann schmieden sie Pflugscharen aus ihren Schwertern und Winzermesser aus ihren Lanzen.  
19 Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg (Jes 2,4).“ Als Gottes  
20 Kinder und aufgrund der Gottesebenbildlichkeit eines\*einer jeden Einzelnen sind wir herausgefordert, uns für  
21 die universellen Menschenrechte einzusetzen. Aus christlicher Perspektive ist Gewalt kein legitimes Mittel zur  
22 Lösung politischer Probleme oder zur Überwindung von Konflikten<sup>1</sup>. Dieser Grundsatz bestärkt uns in unserer  
23 Wahrnehmung der aktuellen Lage sowie in der Formulierung unserer Forderungen.

24

25 Wir akzeptieren nicht, dass sich Kinder und Jugendliche für ihren Pazifismus und ihren sogenannten „kindlichen  
26 Wunsch nach Frieden“ rechtfertigen müssen. Rechtfertigen müssen sich vielmehr diejenigen, welche durch ihr  
27 Handeln dazu beitragen, dass die Welt ungerechter wird und so Konflikte schüren. Unser Pazifismus setzt sich  
28 für eine Welt ein, in der faire Lebensgrundlagen für alle geschaffen werden. Rechtfertigen müssen sich all jene,  
29 die Waffen produzieren, verkaufen und Konfliktparteien damit die Werkzeuge liefern, die sie für ihre Kriege und  
30 für terroristische Absichten brauchen. Unser Pazifismus setzt sich für ein Verbot von Waffenexporten und eine  
31 stetige und konsequente Abrüstung ein. Rechtfertigen müssen sich zudem auch jene Menschen, die so lange mit  
32 friedensförderndem Handeln warten, bis es vermeintlich zu spät ist. Unsere Vorstellung von Pazifismus setzt  
33 früher an und nicht erst, wenn militärische Gewalt als letztes Mittel unausweichlich erscheint.

34

---

<sup>1</sup> Nach BDKJ-Beschluss 2002 „Frieden fördern und gestalten“

1 Wir wollen eine Generation des Friedens sein und wir fordern ein, dass unser dringliches Anliegen ernst ge-  
2 nommen wird. Von uns geht keine Gewalt aus. Deshalb erwarten wir, dass Politiker\*innen und weitere Ent-  
3 scheidungsträger\*innen in Deutschland und Europa weder Gewalt noch Kriege in unserem Namen ermöglichen  
4 oder gar unterstützen. Unsere Utopie des Aufwachsens und Lebens in Frieden und Freiheit muss Wirklichkeit  
5 werden!

6

7 So unterschiedlich all diese Krisen, Konflikte und Kriege sind, eines haben alle gemeinsam: Unschuldige Men-  
8 schen, unter ihnen auch unzählige Kinder, verlieren ihre Heimat, ihre Lebensgrundlage, Familienmitglieder und  
9 andere Menschen, die ihnen etwas bedeuten, und zuletzt auch ihre Gesundheit und ihr Leben. Diese Missach-  
10 tung der menschlichen Würde nehmen wir nicht hin. Wir schauen nicht weg und akzeptieren auch keine Taten-  
11 losigkeit.

12 Wir fordern die Bundesregierung und alle anderen Regierungen in der Welt auf:

13 → Die Logik des Krieges endlich zu durchbrechen und eine neue zivile friedensorientierte Politik zu entwi-  
14 ckeln und umzusetzen.

15 → Einer gewaltfreien, vorbeugenden Außenpolitik den absoluten Vorrang zu geben, so dass Krisen und  
16 Konflikte frühzeitig erkannt werden und diesen mit friedlichen Mitteln entgegengewirkt werden kann.  
17 Das Augenmerk muss frühzeitiger und konsequenter auf zivile Krisenprävention gerichtet werden. Kri-  
18 sen und Konflikte dürfen nicht solange ignoriert werden, bis sie eskalieren.<sup>2</sup>

19 → Frieden braucht einen langen Atem! Wir fordern nachhaltige Bemühungen in der zivilen Kriseninterven-  
20 tion und Konfliktbearbeitung, die nicht aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen, etwa einem Re-  
21 gierungswechsel, aufgegeben werden.<sup>3</sup>

22 → In aktuellen Krisensituationen friedensorientiert zu handeln und bisher getroffene Entscheidungen kri-  
23 tisch zu hinterfragen.

24 → Eine Außenpolitik zu etablieren, die die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt und den Schutz na-  
25 türlicher Ressourcen vor wirtschaftliche Interessen Einzelner mit dem Ziel der Konfliktvermeidung  
26 setzt.

27 → Eine Wirtschaftspolitik, die alle Länder und Menschen gleiche Teilhabe an einem umweltverträglichen  
28 Wohlstand zugesteht. Unfaire Handelsabkommen verschärfen weltweite Ungerechtigkeiten und sind  
29 kontraproduktiv bei der Beseitigung von Krisen, Gewalt und Krieg.

30 → Jegliche Waffenexporte, insbesondere in jene Krisenregionen, in denen es Kindersoldaten gibt, Kinder  
31 rekrutiert oder in Feindseligkeiten eingesetzt werden, generell zu stoppen.

32 → Eine weltweite und konsequente Abrüstung.

33 → Die Einhaltung und Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention:

34 ○ Besonders für die vielen Kinder und Jugendlichen, die derzeit von Krieg und Gewalt betroffen  
35 sind und flüchten müssen.

36 ○ Eine deutlich stärkere Beachtung der Situation der Kinder bei Entscheidungen des UN-  
37 Sicherheitsrates, bei Friedensmissionen und Friedensvereinbarungen.

---

<sup>2</sup> Nach BDKJ-Beschluss 2012 „zivil statt militärisch!“

<sup>3</sup> ebd.

- 1 → Einen Stopp von Werbung der Bundeswehr, die sich gezielt an Minderjährige richtet. Egal ob an Schu-  
2 len, in Jugendmedien, auf Jugendseiten im Internet, bei Sport-, Abenteuer- und Musikveranstaltungen  
3 für Minderjährige.<sup>4</sup>
- 4 → Eine eindeutige Anhebung des Rekrutierungsalters auf 18 Jahre. Junge Menschen dürfen auch als  
5 Freiwillige erst mit 18 Jahren ins Militär aufgenommen werden.<sup>5</sup>
- 6 → Ausbau und Förderung der verschiedenen (zivilen) Friedensdienste und einer Friedensbildung.
- 7 → Verbindliche Verankerung der Friedenspädagogik in den Lehrplänen und in der Lehrer\*innenaus- und  
8 Fortbildung.
- 9 → Die Anerkennung der Autorität der UNO als Vertretung der Weltgemeinschaft.
- 10 → Eine offene Flüchtlingspolitik an allen Grenzen zu fördern, die von Menschenwürde und Offenheit ge-  
11 prägt ist.
- 12

13  
14 **angenommen bei 1 Nein-Stimme**

15  
16